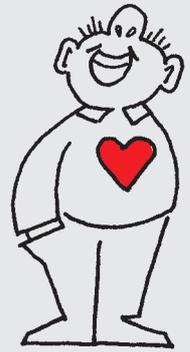


MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



5 / 2008

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Die Wandelhalle des Parlaments



Wie die Motten das Licht, so umschwirren Lobbyisten bei Tag und Nacht die Politiker der Berliner Republik. Um ihre Abendgestaltung in der Hauptstadt müssen sich die Abgeordneten keine großen Gedanken machen.

Aus bis zu fünf Einladungen pro Tag kann ausgewählt werden, ganz nach persönlichem Interesse oder anhand der zu erwartenden Speisen und Getränke. Hunderte von Abgesandten fast aller Interessengruppen werben pausenlos um das Ohr und um die Gunst der Volksvertreter.

Politische Entscheidungen verlagern sich mehr und mehr weg vom Parlament. Nicht länger sind Lobbyisten nur Informations-träger oder Ideengeber. Sie sind zu politischen Entscheidern mutiert – ohne dafür ein Mandat der Wähler/-innen vorweisen zu können.

Erst unlängst kritisierte der Bundesrechnungshof den Einsatz von Verbandsvertretern in Bundesministerien, die sich dort – von ihren Unternehmen entlohnt – sogar an der Formulierung von Gesetzentwürfen beteiligen, die die eigene Branche betreffen. Diese Praxis werfe Fragen in Bezug auf die »Neutralität, Glaubwürdigkeit und Transparenz des Handelns der öffentlichen Verwaltung« auf, so der Bundesrechnungshof in seinem Bericht.

Hinzu kommt, dass eine Vielzahl von ehemaligen Ministern, Staatssekretären und Abgeordneten direkt nach dem Ausscheiden aus ihrem politischen Amt in Spitzenfunktionen der Wirtschaft wechseln. Wolfgang Clement, ehemaliger Wirtschaftsminister und nun Mitglied in den Aufsichtsräten beim Energieriesen RWE und dem Zeitarbeitsunternehmen DIS, ist nur ein trauriges Beispiel von vielen.

DIE LINKE sieht dringenden Handlungsbedarf, um die Transparenz und auch die demokratische Legitimität politischer Entscheidungen zu bewahren. Daher hat die Linksfraktion einen Antrag in den Bundes-

tag eingebracht, dessen Kernforderung die Einführung eines verpflichtenden Lobbyistenregisters ist.

In dieses Register müssen alle eingetragen werden, die berufsmäßig im eigenen Interesse oder im Auftrag anderer auf die Gesetzgebung oder andere staatliche Direktiven Einfluss ausüben wollen.

Zugleich ist für alle Bürger/-innen offenzulegen, welche Aufwendungen für die Lobbyarbeit und deren Nutznießer/-innen fließen. Sollten Angestellte von Lobbyorganisationen bzw. Unternehmen an Mi-

nisterien ausgeliehen werden, um beratend oder anderweitig an parlamentarischen Initiativen der Bundesregierung beteiligt zu sein, muss im Register ein entsprechender Vermerk erfolgen.

Unsere Zielstellung ist es nicht, Lobbyismus aus dem parlamentarischen Prozess zu verdammen, sondern der Öffentlichkeit eine vollständige, detaillierte Wahrnehmung von Lobbyismus zu verschaffen. Über Zulässigkeit oder Unzulässigkeit mag dann die – erstmals ausreichend informierte – Öffentlichkeit selbst entscheiden.

*Wolfgang Neskovic,
stellvertretender Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE im Bundestag*



Schmutziges Wasser

Mehr als eine Millionen Euro will der Eigenbetrieb Abwasser in das Forster Klärwerk investieren. Damit sollen Defizite beseitigt werden, die bei der Rekonstruktion vor einigen Jahren gespart wurden. Im Hauptausschuss erklärte der Werkleiter auf meine Nachfrage noch, dass dies keine Auswirkungen auf den Abwasserpreis habe.

Wenige Tage später in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung änderte sich das. Nun wurde zugegeben, dass der Kubikmeter Abwasser um mindestens 21 Cent teurer wird. Wie viel es am Ende wirklich werden bleibt offen, da eine neue Kalkulation nicht vorliegt. Unsere Fraktion stellte daraufhin den Antrag, den Wirtschaftsplan in die Ausschüsse zurückzuverweisen. Nachdem sowohl der SPD- als auch der FDP-Fraktionsvorsitzende die große Empörung gespielt hatten, änderten sie bei der Abstimmung ihre Meinung. Die Fraktionen von CDU, FDP, SPD und »Wir für Forst« stimmten dem Wirtschaftsplan plötzlich zu. Nur die Fraktionsvorsitzende von »Wir für Forst« zeigte sich erstaunlich standhaft und befürwortete unseren Antrag. Besonders bemerkenswert ist die Wandlung der FDP. In den letzten Jahren kämpfte sie immer tapfer gegen die Erhöhung des Abwasserpreises, oft auch am

inhaltlichen Problem vorbei. Als neue Bürgermeisterpartei allerdings ist davon nichts mehr übrig. Im September zur Kommunalwahl werden sich dann alle Parteien wieder für niedrige Preise einsetzen. In der Hoffnung, dass der Wähler ein kurzes Gedächtnis hat und Ärzte und Apotheker Wählerstimmen bringen, will die FDP dann gestärkt in die nächste Stadtverordnetenversammlung einziehen. Die Kollegen der CDU machen sich schon ernsthafte Sorgen.

*Ingo Paeschke, Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE der SVV Forst*

Auf ins Rathaus Ja zum Sozialticket!

Die Initiatoren des Volksbegehrens für ein Sozialticket in Brandenburg bekräftigen ihr Vorhaben, auch nach Vorlage eines Sozialpaketes der Landesregierung am Volksbegehren für ein Sozialticket festzuhalten. Das haben sie dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Landtag unmissverständlich mitgeteilt, der sie aufgefordert hatte, von ihrem Vorhaben Abstand zu nehmen.

Die Initiatoren sehen es nicht so, dass ihr Anliegen bereits durch den Vorschlag der Landesregierung erfüllt sei. ➤ S. 2

Auf ins Rathaus

(Fortsetzung von Seite 1)

Noch hat das Kabinett keinen konkreten Beschluss für das Ticket gefasst. Deshalb muss der politische Druck aufrecht erhalten werden, bis das Sozialticket »in trockenen Tüchern« ist. Absichtserklärungen sind noch keine Taten. Blindes Vertrauen hat diese Landesregierung nicht verdient. Das Volksbegehren und die begleitende Kampagne unter dem Motto »Ja zum Sozialticket« startete am 28. April 2008. Seit diesem Tag kann in den Rathäusern in amtlich ausgelegten Listen unterschrieben werden.

Innerhalb von vier Monaten müssen 80000 gültige Unterschriften zusammenkommen. Deshalb rufen wir auch die Leserinnen und Leser des Malxe-Blattes auf: Gehen Sie ins Rathaus! Nehmen Sie Ihr demokratisches Recht wahr! Nehmen Sie mit Ihrer Unterschrift am Volksbegehren für ein Sozialticket in Brandenburg teil! Schöne Worte reichen nicht. Wir wollen Lösungen statt Losungen!

*Edeltraud Radochla,
stellvertretende Kreisvorsitzende*

Mehr Informationen unter

www.dielinke-brandenburg.de
oder in unserer Landeszeitung
»Brandenburger Seiten« Nr. 4
(erhältlich in der Geschäftsstelle,
Cottbuser Straße 54)

Kommunalwahl

Am 28. September wird gewählt und alle Parteien stecken schon voll in den Vorbereitungen. DIE LINKE wird am 08. Mai ihr Wahlprogramm beschließen und am 02. Juni ihre Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung bestimmen. Kandidaten zu finden, die sich bei hohem Aufwand und wenig Geld für ihre Heimatregion einsetzen, ist nicht einfach. Trotzdem werden mindestens 15 Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei für die SVV kandidieren.

Wir haben in der Wahlvorbereitung eine Reihe von Bürgerinnen und Bürgern angesprochen und auch Zuwachs für unsere Liste erhalten. Aber es könnten natürlich noch ein paar mehr sein, die sich mit linker Kommunalpolitik identifizieren. Wenn wir also Menschen übersehen haben, die Interesse daran haben bei uns mitzuarbeiten, dann mögen sie sich bitte melden. Wir bieten reichlich Arbeit, eine ehrliche und faire Zusammenarbeit, bei der auch mal verbal die Fetzen fliegen können und eine Fraktion, die in Forst dringend gebraucht wird.

Anke Schwarzenberg,

Ortsvorsitzende der LINKEN in Forst

Ingo Paeschke, Vorsitzender

der Fraktion DIE LINKE der SVV Forst

Kontakt: E-Mail: paeschke.ingo@t-online.de
(Ingo Paeschke), amons@gmx.net (Anke Schwarzenberg) oder forst@dielinke-lausitz.de
(Die Linke-Geschäftsstelle, Cottbuser Str. 54)

Zeitnot, Nötigung oder abstimmen bis es passt ...?



Sie, liebe Leserinnen und Leser, können sich vielleicht noch an das Ergebnis der ersten Abstimmung zum Wegfall der Bustaschen beim Umbau der Kreuzung Umgehungsstraße/Schwerinstraße erinnern. Entgegen der Erwartung der Verwaltung stimmte eine große Mehrheit der Mitglieder des Bauausschusses dagegen. Fast exakt einen Monat später kam genau der gleiche Vorgang erneut im Bauausschuss zur Vorlage und das zweite Mal zur Abstimmung. Der Sachverhalt war der gleiche, aber die Begründung nun eine gänzlich andere. Ergebnis: Nur noch die Abgeordneten und sachkundigen Einwohner unserer Fraktion stimmten erneut für den Erhalt der Bustaschen. Damit kommen leider die

Bustaschen in naher Zukunft weg! Sicherlich kein ganz dramatischer Vorgang, aber bezeichnend dafür, dass die Abgeordneten immer häufiger unter Zeitdruck bei wichtigen Vorhaben zu Entscheidungen gedrängt werden. Oft hat auch die Verwaltung bereits Vorentscheidungen getroffen, die keinen Handlungsspielraum mehr zulassen und somit immer wieder Abgeordnete in einen Gewissenskonflikt bringen. Zu viele Beschlussvorlagen, vor allem die, bei denen es um Fördermittel geht, werden wegen der anstehenden Termine oder der zwischenzeitlich eingetretenen Situation ohne ausreichende Beratung zur Abstimmung gebracht. Not war schon immer ein schlechter Berater. Das trifft auch auf Zeitnot zu.

*Heinz-Peter Bischoff, Abgeordneter
der Fraktion DIE LINKE der SVV
Forst, Mitglied des Bauausschusses*

Leben ohne Barrieren

Aus der Arbeit der AG »Soziales«



Als Abgeordnete der Stadtverordnetenversammlung und Mitglied des Planungsausschusses ist es eines

meiner wichtigsten Anliegen, dass in Forst Chancengleichheit und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen auch umgesetzt wird. Dazu gehört auch, dass die Barrierefreiheit bei kommunalpolitischen Entscheidungen angemessen berücksichtigt wird. Deshalb brachte die Fraktion DIE LINKE im September 2007 in der Stadtverordnetenversammlung die Beschlussvorlage zum barrierefreien Bauen bei öffentlichen Gebäuden und Anlagen ein.

In der eigenen und vertrauten Wohnung oder im eigenen Haus alt zu werden, ist für viele Menschen ein erstrebenswertes Ziel. Nur oftmals wird beim Bau eines Hauses oder beim Bezug der Traumwohnung nicht an eventuelle Mobilitätseinschränkungen oder andere Hindernisse im Alter gedacht. Meist muss das Haus oder die Wohnung den speziellen Anforderungen im Alter angepasst werden – durch barrierefreie Wohnraumanpassung. Diese hat zum Ziel, das selbstständige Wohnen und die selbstständige Haushaltsführung der Menschen in ihrer Wohnung und ihrem Wohnumfeld zu erhalten, zu fördern oder wiederherzustellen.

Aber nicht nur an ältere Menschen richtet sich die barrierefreie Wohnraumanpassung. Auch durch Unfälle oder Krankheiten kann sich ein derartiger Umbau erforderlich machen.

Unter Wohnraumanpassung versteht man die Veränderungen in Wohnräumen im Sinne einer barrierefreien Gestaltung.

Dabei geht es insbesondere um die Beseitigung von vertikalen (Treppen, Schwellen), horizontalen (Türbreiten) und räumlichen (Bewegungsflächen) Barrieren und Hindernissen mit dem Ziel, den Bewohnern, vor allem auch Betagten und Menschen mit Behinderungen, ein unterstützendes und körpergerechtes Lebensumfeld zu ermöglichen. Die Maßnahmen werden auf Basis der DIN 18025 durchgeführt. Sie sind außerordentlich vielfältig und reichen von der Montage eines Haltegriffes an der Badewanne, über die Installation einer bodengleichen Dusche bis zur Vergrößerung von Türbreiten u.v.m.

Die Begegnungsstätte »unBehindert leben« Forst e.V. möchte mit dem Projekt der barrierefreien Wohnraumanpassung dafür sorgen, dass unsere Stadt für alle Einwohner lebenswert bleibt. Besonders in Forst wird sich die demografische Entwicklung verstärkt auswirken, und die Wohnraumanpassung ist eine Möglichkeit für die Stadt, die Vermieter und Mieter, bestehenden Wohnraum zu erhalten und Forst für die Bewohner jeden Alters attraktiver zu gestalten.

Das Beratungsangebot des Vereins umfasst eine auf die persönlichen Bedürfnisse abgestimmte Beratung zur Barrierefreiheit und Mobilität, die Beratung bei der Konzipierung individueller Wohnraumanpassungsmaßnahmen und Gestaltung des persönlichen Lebensumfeldes, die Beratung bei der Finanzierung von geplanten Umbaumaßnahmen und die Vermittlung von Handwerkern sowie die Begleitung der gesamten Umbaumaßnahme.

*Renate Flemmig,
Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE
der SVV Forst*

»Wer Bücher verbrennt ...

... verbrennt am Ende auch Menschen«, schrieb Heinrich Heine schon vor über 150 Jahren in seinem Gedicht »Almansor«. Wie schrecklich Recht er damit hatte, bewiesen die Nazis vor 75 Jahren. Am 10. Mai 1933 verbrannten faschistische deutsche Studenten auf den bekanntesten Plätzen Deutschlands Werke der Weltliteratur, die sie als jüdischen Ungeist, als marxistisch, als undeutsch beschimpften. Der Dichter Erich Kästner, dessen Bücher ebenfalls loderten, war heimlicher Zeuge dieser Kulturschande und hat darüber Einzelheiten berichtet.

»Wer Bücher verbrennt ...« – Keine zehn Jahre später qualmten die Öfen von Auschwitz, Majdanek und anderen Anlagen zur massenhaften Verbrennung von Menschen. Aus den Toten wurde

Gold gewonnen, Seife gemacht und die Asche als Dünger missbraucht. So wurden selbst noch die Toten geschändet. Das Ende dieser Barbarei ist bekannt. Es war die tiefste Katastrophe unserer Geschichte.

Eine Schlussfolgerung liegt klar auf der Hand: »Nie wieder Faschismus!« Aber auch eine zweite wollen wir nicht übersehen: 1990 wurden zwar keine Bücher öffentlich verbrannt, aber heimlich auf den Müll geworfen. Tun wir alles dafür, dass nicht auch Menschen in unserem Lande gar nicht einmal heimlich »auf den Müll geworfen« werden. Auch das gehört zur Kultur, nämlich zur Kultur des menschlichen Zusammenlebens.

*Dr. med. Dietrich Loeff,
DIE LINKE. Kreisverband Lausitz,
IG politische Bildung*

Pressemitteilung

Der »Runde Tisch gegen Extremismus« der Stadt Forst (L.) wurde am 29. April 2008 in Potsdam in das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechts extremismus und Fremdenfeindlichkeit aufgenommen. Damit kann der Runde Tisch auf ein brandenburgweites Netzwerk im Kampf gegen den Rechtsextremismus zurückgreifen.

Durch ein enges Zusammenwirken der einzelnen Zusammenschlüsse und des brandenburgischen Innenministeriums wird eine größere Effektivität im Vorgehen gegen rechte Ideologien gewährleistet.

Die neu gewählte Vorsitzende des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechts extremismus und Fremdenfeindlichkeit, General-Superintendentin Heilgard Asmus, verwies in ihrer Antrittsrede noch einmal auf die Wichtigkeit, mit Zivilcourage den Vormarsch rechtsextremen Gedankengutes in die Mitte der Gesellschaft zu verhindern und aufklärend zu handeln. Wir möchten nicht, dass am 28. September rechtsextreme Politiker in den Kommunalparlamenten sitzen und ihre fremdenfeindlichen, antisemitischen und weltfremden Thesen verbreiten dürfen.

Andreas Beckmann



Der Bundesgeschäftsführer meint Presseerklärungen von Dietmar Bartsch zu aktuellen Themen

**Vielleicht wächst hier zusammen,
was zusammengehört ...**

**Die erste schwarz-grüne Koalition
auf Landesebene**

Bundespolitisch hat Hamburg Signalfunktion, und auch Hessen ist nicht weit von Jamaika entfernt. DIE LINKE wird mit Interesse beobachten, welche der beiden liberalen Parteien sich durchsetzt – FDP oder Grüne. Die schwarz-grüne Koalition in Hamburg macht deutlich, dass Inhalte weniger eine Rolle spielen. Elbvertiefung, Moorburg oder Studiengebühren – es ist schon interessant, welche Schattierungen es im grünen Bereich gibt. Vielleicht wächst hier zusammen, was zusammen gehört ...

**Es kann der Fromm
nicht in Frieden leben**

**DIE LINKE rückt offenbar verstärkt
ins Visier des Verfassungsschutzes**

Es kann der Fromm (Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz) wohl nicht in Frieden leben, weil einer Partei in Deutschland nicht gefällt, dass die Zustände so bleiben, wie sie sind.

In Ostdeutschland ist DIE LINKE in Umfragen stärkste Partei, stellt Bürgermeister, Landräte und Oberbürgermeister, arbeitet in G10-Kommissionen der Länder mit und ist auch in westlichen Landtagen mit Fraktionen vertreten – demokratisch legitimiert. Doch das alles ist noch lange nicht Anlass für eine in-

Hinweis für alle Mitglieder und Sympathisanten!

Bundesparteitag der Partei DIE LINKE am 24. und 25.05.08 in Cottbus
Tagungsort: Messe Cottbus, Vorparkstr. 3

Tagesordnung am 24.05.:

10:00 Uhr

Eröffnung und Konstituierung

10:45 Uhr

Reden der Vorsitzenden der Partei
Lothar Bisky und Oskar Lafontaine

12:30 Uhr

Aussprache zu den Aufgaben der
Partei DIE LINKE bis zur
Bundestagswahl 2009

16:00 Uhr

Wahl des Parteivorstandes

Tagesordnung am 25.05.08:

10:00 Uhr

Zur Arbeit der Bundestagsfraktion und
der Gruppe im Europäischen Parlament
Rede: Gregor Gysi
Rede: Gabriele Zimmer

11:30 Uhr

Wahl der Bundesschiedskommission
u. Bundesfinanzrevisionskommission

14:00 Uhr

Beratung und Entscheidung von
Anträgen

*Der Parteitag ist öffentlich und die
Teilnahme als Gast möglich.*

Ortsvorstand Forst

**Montag, 2. Juni, 18:30 Uhr,
Mitgliederversammlung
im Feuerwehrgerätehaus, Hochstr.,
zur Aufstellung
der Kandidatenliste
für die Wahl der
Stadtverordnetenversammlung**

haltliche Auseinandersetzung mit der LINKEN. Auch die Frage nach dem Grund der Zustimmung stellt sich niemand ernsthaft. Stattdessen wird gebelfert was das Zeug hält, der Verfassungsfeind in der LINKEN ausgemacht. DIE LINKE hat sich stets zum Grundgesetz bekannt – ohne Einschränkung. Ohne Einschränkung schließt aber auch ein, sich für Verteilungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und Würde des Menschen stark zu machen. In diesem Zusammenhang geraten die »frommen« Forderungen zu einer sich wiederholenden Posse. DIE LINKE fordert nachdrücklich die Einstellung der Beobachtung und erwartet nach Bodo Ramelow mit Zuversicht weitere gerichtliche Entscheidungen.

Petra Paus Newsletter

Staatlicher Einbruch in geschützte Privatsphäre Neuer Entwurf des BKA-Gesetzes

Das BKA-Gesetz legalisiert den staatlichen Einbruch in die geschützte Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger. Davon betroffen können auch Personen sein, die andere Personen kennen, die wiederum noch andere Personen kennen, also letztlich alle. Nach vorliegendem Entwurf soll TVW zum Standardprogramm des BKA erhoben werden: Trojaner, Video und Wanzen. Der Überwachungsstaat nimmt Gestalt an.

Berliner CDU hatte Zuspruch, aber zum Glück keinen Erfolg Zum Ausgang der Berliner Volksabstimmung über den Flughafen Tempelhof

Eine im Volksentscheid gut versteckte Frage lautete: Werden 400 Hektar Flughafen-Gelände Tempelhof privatisiert? Das

wollten die CDU und etliche Kampagnen-Partner. Oder kann das Areal für Berlin und ihre Bürgerinnen und Bürger neu erschlossen werden? Das will DIE LINKE. Nach dem Volksentscheid bleibt: Die Berliner CDU wollte nie mehr Demokratie. Rot-Rot hat sie trotzdem ermöglicht. Das wiederum hat die CDU genutzt, um mit Kalter-Kriegs-Erinnerung den Ausverkauf der Stadt als Volkes Meinung erscheinen zu lassen. Nicht ohne Zuspruch, aber zum Glück ohne Erfolg.

Mehdorn-Deal trägt antisemitische Züge Die Bahn AG fordert nach wie vor Streckengebühren für den Zug der Erinnerung und will im Gegenzug 100.000 Euro an jüdische Organisationen zahlen.

Dieser Mehdorn-Deal trägt antisemitische Züge. Er zockt eine Gedenk-Initiative ab und versucht zugleich, jüdische Organisationen zu bestechen. Zu schlechter Letzt setzt er seine faule Spende auch noch von der Steuer ab. Mit alledem manövriert Mehdorn die Bahn AG genau in die Traditionslinie, über die der Zug der Erinnerung aufklärt.

(Petra Pau ist Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss)

PINNWAND

Termine

Di., 20.05., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54
DIE LINKE-Ortsvorstandssitzung

TERMINÄNDERUNG!
Mo., 09.06., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54
AG »Malxe-Blatt«

Di., 17.06., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54
Sitzung der Fraktion DIE LINKE der SVV Forst

Übernahmeverhandlungen

Die SPD wehrt sich verzweifelt dagegen, sich an DIE LINKE zu verkaufen. Von einem Verkauf kann aber überhaupt keine Rede sein. Die Sozis nimmt man nicht mal mehr geschenkt. MW



Aus Eulenspiegel Nr. 5/08

Falsche Besatzer

Die Olympischen Spiele sind in Gefahr. Warum? Weil Tibet von chinesischen und nicht – wie das Kosovo – von Nato-Truppen besetzt ist. WOLFGANG MOCKER

Geburtstage

05.06.: 79 Jahre, Gen. Herward Pruskel in Döbern

10.06.: 65 Jahre, Gen. Erhard Kunick

14.06.: 82 Jahre, Genn. Johanna Kubisch in Jocksdorf

Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren!

Arschkriecher
haben Hochkonjunktur.
Zum Kopf vieler Chefs
gibt es einfach
keinen anderen Zugang.

WOLFGANG MOCKER

Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte

Mo., 19.05.08, und Mo., 02.06.08
jeweils ab 10:00 Uhr
in der Geschäftsstelle der LINKEN,
Cottbuser Straße 54

Terminvereinbarung
über Frau Dr. Radochla,
☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52,

Beratungsgebühr
zwischen 5 und 10 Euro.

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Cottbuser Straße 54, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.